

Zwei Seiten einer Medaille

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit sollen die Steuerreform gleichermaßen prägen



Energienminister Claude Turmes (Déi Gréng), Finanzminister Pierre Gramegna (DP), Moderator Maurice Molitor, sowie die Wirtschaftswissenschaftler Lucas Chancel und Kai Schlegelmilch (v.l.n.r.). Foto: Marc Hoscheid

Von Marc Hoscheid

Die angekündigte Steuerreform gilt als das größte Projekt der aktuellen Legislaturperiode, doch bislang sind noch keine Details bekannt. Wohl auch in der Hoffnung, dass sich dies ändern würde, hatten zahlreiche Menschen am Dienstagabend den Weg nach Bonneweg in das Casino syndical gefunden. Dort fand nämlich ein Vortrags- und Diskussionsabend über eine sozial und ökologisch nachhaltige Ausgestaltung der Reform statt, organisiert von der *Chambre des salariés* und dem *Méco*.

Doch wer sich konkrete Antworten auf die Frage nach dem aktuellen Stand der Arbeiten erhofft hatte, wurde enttäuscht. Finanzminister Pierre Gramegna lobte nämlich lieber die von der Regierung Bettel II realisierten Verbesserungen bei der nachhaltigen Besteuerung. Hier nannte er die Steuergutschrift für den sozialen Mindestlohn, die Erhöhung der Akzisen auf Diesel um zwei und auf Benzin um einen Cent sowie die für den 1. März 2020 geplante Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports. „Diese Maßnahmen sind sozial gerecht und reduzieren in Teilen den Ausstoß von Emissionen“, so Gramegna.

In Bezug auf die künftigen Überlegungen verwies Gramegna auf das neue Klimagesetz, in welchem das Prinzip verankert ist, dass sämtliche ökologischen Maßnahmen sozial abgedeckt werden, sollten sie beispielsweise zu Steuererhöhungen führen. Außerdem orientiere sich die Steuerreform an dem im Gesetz festgeschriebenen Ziel, den Emissionsausstoß bis 2030 gegenüber 2005 um 55 Prozent zu reduzieren.

Energienminister Claude Turmes (Déi Gréng) betonte die Wichtigkeit weiterer Investitionen in die erneuerbaren Energien und der Infrastrukturen des öffentlichen Transports. Ob Luxemburg die Akzisen auf Treibstoff nochmals erhöhen wird, verriet Turmes nicht. Er führte jedoch aus, dass die Lenkwirkung solcher Maßnahmen eher begrenzt sei, es sei denn, die Erhöhung falle massiv aus, was jedoch wenig sozial sei. Vielmehr gelte es die generierten Einnahmen sinnvoll zu investieren.

Er unterstrich zudem, dass der kostenlose öffentliche Transport den Menschen laut Berechnungen des *Stateg* fünfmal so viel Geld spare, wie sie die Akzisenenerhöhung koste.

Turmes freut sich über linke Liberale

Auf die Frage, wie schwierig das Finden von Kompromissen zwischen den drei Regierungsparteien bei der Steuerreform sei, meinte Turmes, dass man teils durchaus etwas heftigere Diskussionen führe. Jede Partei lege ihren Fokus auf eine andere Thematik, während dies bei den Grünen die Umwelt sei, rücke die LSAP das Soziale in den Mittelpunkt. Glückli-

cherweise handle es sich bei der DP, im Vergleich mit einigen europäischen Schwesterparteien, um eine eher linksliberale Partei. Eine Aussage, die vom Publikum mit einem Raunen quittiert wurde.

Zu Beginn des Abends war der französische Wirtschaftswissenschaftler Lucas Chancel in seinem Vortrag auf die globalen Ungleichheiten beim Einkommen eingegangen. So nahm das Einkommen der unteren Einkommenshälfte zwischen 1980 und 2016 um zwölf Prozent, während jenes der Spitzenverdiener, also des oberen Prozents, um ganze 27 Prozent anstieg.

Dies sei auch in Bezug auf die Umwelt von Bedeutung, da die Ärmsten immer am ehesten von den Folgen des Klimawandels betroffen seien. Und dies obwohl es sich beim Emissionsausstoß genau umgekehrt verhalte, für den in erster Linie die reichen Industriestaaten und großen Firmen verantwortlich zeichneten.

Als einen Grund für Ungleichheiten in Europa machte Chancel die Steuerpolitik einiger Länder, aus 40 Prozent der Profite multinationaler Konzerne werden in Steueroasen generiert, zu denen er auch Luxemburg zählte. Es sei nicht mit der hohen Produktivität der hiesigen Angestellten zu erklären, dass die Profite dieser Firmen um 250 Prozent höher als die Löhne der Angestellten ausfielen, sondern mit den niedrigen Steuern, liege der weltweite Durchschnitt doch bei gerade einmal 36 Prozent.

Den Vorwurf, dass Luxemburg ein Steuerparadies sei, wollte Gramegna allerdings nicht widerspruchlos im Raum stehen lassen. Man befinde sich im Einklang mit sämtlichen internationalen Vorschriften und selbst der frühere

französische EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung Pierre Moscovici, dem kaum vorwerfen könne voreingenommen zu sein, habe mehrfach betont, dass es sich bei Luxemburg nicht um ein Steuerparadies handle.

Bei den Erneuerbaren besteht noch Luft nach oben

Der deutsche Diplom-Volkswirt Kai Schlegelmilch verglich in seinem Vortrag die Klimaziele der Regierung für 2030 mit rezenten Zahlen. Bei der Reuzierung der Emissionen gegenüber 2005 befinde sich das Großherzogtum auf einem guten Weg. 2016 wurden bereits 22,5 Prozent erreicht, das Ziel liegt bei 55 Prozent. Allerdings bestehe Nachholbedarf bei den erneuerbaren Energien. Diese sollen 2030 bis zu 25 Prozent ausmachen, lagen 2017 aber gerade mal bei rund 7,5 Prozent.

Er legte zudem dar, wie sich die Steuereinnahmen zusammensetzen. So stammt mehr als die Hälfte der Steuern aus dem Arbeitsbereich, wohingegen die Steuern auf das Kapital nur 21 und jene aus dem Umweltbereich, Energie- und Kfz-Steuern, gerade einmal rund fünf Prozent ausmachen. Vor diesem Hintergrund plädierte er mehr respektive höhere Umweltsteuern einzuführen. Beispiele für Umweltsteuern sind eine Zulassungssteuer nach CO₂-Ausstoß, Luftverschmutzungsgebühren sowie Steuern auf Pestizide und Düngemittel.

Verbrauchssteuern sollten im Idealfall progressiv statt regressiv sein. So würden Heizstoffsteuern auf Heizöl und Erdgas jeden Haushalt treffen, während eine Luftverkehrsteuer nur jene treffe, die regelmäßig fliegen. Dies seien vor allem Geschäftsleute und nicht Mindestlohnbezieher.